

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses
für Abfall und Bodenschutz
am 06.11.2008, 15.00 Uhr, im Sitzungssaal des Kreishauses,
Herzberger Straße 5, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

I. Die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz	i.V.d. Abg. Werner Bruchmann
Klaus Liebing, Bad Sachsa	
Helga Meyer, Herzberg am Harz	- Vorsitzende -
Klaus Posselt, Herzberg am Harz	
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz	
Uwe Schrader, Osterode am Harz	
Eberhard Siegler, Osterode am Harz	
Erich Sonnenburg, Badenhausen	i.V.d. Abg. Herbert Lohrberg
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz	i.V.d. Abg. Raymond Rordorf
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz	

II. Von der Verwaltung

Landrat Bernhard Reuter	
Erster Kreisrat Gero Geißreiter	
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann	
Kreisamtsrat Udo Müller	
Kreisangestellte Susanne Maruhn-Vladi	
Kreisangestellter Rainer Scholz	
Kreisangestellter Martin Sieloff	
Kreisamtmann Rüdiger Cerny	- Protokollführer -

Es fehlt entschuldigt
der Kreistagsabgeordnete

Herbert Miche, Walkenried

Zuhörer:

die Kreistagsabgeordneten

Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa
Manfred Thoms, Hattorf am Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge werden nicht gestellt; der Ausschuss stellt folgende

T a g e s o r d n u n g:

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 03.06.2008
4. Bericht des Landrats, u. a. über
 - a) Infovorlage Abfallwirtschaft
 - b) Artikel von Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck
5. Abfallwirtschaft;
 - a) Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2009
 - b) Einführung der Blauen Tonne für Altpapier
 - c) Dreizehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
 - d) Elfte Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz
6. Anfragen und Mitteilungen
7. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz am 03.06.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 03.06.2008 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei
3 Stimmenthaltungen)

Punkt 4:

Bericht des Landrats; u. a. über

- a) Infovorlage Abfallwirtschaft
- b) Artikel von Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck

Der Landrat informiert zunächst darüber, dass er heute Grundsätzliches zur Abfallwirtschaft berichten werde. Es sei daran erinnert, dass bereits im Juni diesen Jahres ausführlich über den Sachstand zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes berichtet wurde. Zusätzlich sei zur heutigen Sitzung eine entsprechende Infovorlage versandt worden.

Der Landrat hebt drei wesentliche Punkte hervor:

Zunächst bestehe ein ganz enger Zusammenhang zwischen Leistung und Gebühr. Eine Veränderung der Leistungen gehe in der Regel mit einer Veränderung der Gebühr - nach oben oder unten – einher, dies sei sowohl bei einer Ausweitung bzw. einer Kürzung von Leistungen der Fall.

Im Landkreis zeige sich eine problematische Tendenz auf, da die nicht mit separaten Gebühren belegten und als „kostenlos“ wahrgenommenen „Extraleistungen“ (Sperrabfall, Grünabfallabholung), stärker nachgefragt würden. Bei gleichzeitig sinkender Kostenträgermenge (Behältervolumen) passe das Gebühren-/Leistungsgeflecht nicht mehr zusammen, es komme zu einer Schieflage im System.

Schließlich handele es sich bei unserem System um ein „All-inclusive-Paket“. Insbesondere bei Gebührenvergleichen dürfe man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, da im Landkreis z. B. die Sperrabfall- und auch die Grünabfallabholung in der Hausmüllgebühr enthalten sei; dies wäre bei Vergleichen mit anderen Kommunen zu berücksichtigen. Die Abfallgebührenhaushalte seien „geschlossene“ Systeme; sie würden nicht vom allgemeinen Haushalt „gesponsert“ noch „füttern“ sie ihn. Jegliche vermeintliche Wohltat, also z. B. eine Gebührenbefreiung für irgendeine Leistung, müsse zwangsläufig von allen anderen Gebührenpflichtigen bezahlt werden.

1. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes

Anschließend berichtet der Landrat über die **Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes**. Die Datenerhebung solle in den nächsten Wochen noch um die Daten aus diesem Jahr ergänzt werden. Nach bisheriger Einschätzung und Auswertung der Daten aus den Vorjahren bestätigten sich die tendenziellen Entwicklungen für viele betrachtete Abfallströme.

Ein Ziel der Abfallwirtschaft des Landkreises bzw. des Konzeptes, neben

- der Gewährleistung der Entsorgungssicherheit,
- der Wirtschaftlichkeit,
- der Ressourcenschonung durch Wiederverwertung

sei die Gebührengerechtigkeit, die derzeit vertieft bearbeitet würde.

Im Hinblick auf die äußerst unterschiedliche Inanspruchnahme einzelner Leistungen, wie die Sperrabfall- und Grünabfallabholung, bedürfe es einer ausführlichen Betrachtung dieser Sammelsysteme und der Darstellung und Abwägung verschiedener Leistungsangebote, auch unter Berücksichtigung gesonderter Leistungsentgelte.

Dabei seien bei allen Überlegungen Aspekte wie Bürger- und Haushaltsnähe, sowie möglichst große Flexibilität des Angebotes, auch und vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, besonders zu berücksichtigen. Es sei beabsichtigt, den Entwurf des Konzeptes, wahrscheinlich mit verschiedenen Entscheidungsoptionen unter Betrachtung der jeweiligen Auswirkung auf das System und die Gebühren, im zweiten Quartal 2009 den Gremien vorzustellen. Nach der Diskussion und Entscheidung wäre das förmliche Beteiligungsverfahren einzuleiten.

Der Entwurf sei für einen Monat öffentlich auszulegen und die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Hierzu gehörten neben vielen anderen die Industrie- und Handelskammer, Innungen, die Landwirtschaftskammer, Verbände und Behörden sowie die benachbarten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Vorgebrachte Anregungen und Bedenken seien zu erörtern, abzuwägen und bei Bedarf im Konzept entsprechend zu berücksichtigen. In Abhängigkeit des Verlaufs des Beteiligungsverfahrens könne eine Beschlussfassung durch den Kreistag noch im Jahr 2009 erfolgen.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und stellt diesen sowie die Infovorlage und den Artikel von Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck zur Diskussion.

Der Abg. Schirmer fragt nach der Möglichkeit einer aktiven Mitarbeit der politischen Entscheidungsträger schon vor der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes. Der Landrat macht nochmals deutlich, dass dem Fachausschuss zunächst ein Entwurf mit verschiedenen Handlungsoptionen vorgelegt würde. Entscheidungen schließlich aber allein durch die politischen Gremien gefällt werden. Die Verwaltung sei zu jeder Zeit dankbar für entsprechende Signale aus dem Ausschuss. Allein schon mit der sich hier abzeichnenden Diskussion könnten die Weichen für einen möglichen Paradigmenwechsel gestellt werden.

Die Abgeordneten Schirmer und Siegler verweisen als Beispiel auf den Landkreis Goslar, wo über die Hausmüllgebühr eine Grundleistung finanziert wird. So könnte für einen Betrag von ca. 20 bis 30 EURO eine bestimmte m³-Menge an Sperrabfall abgeholt werden. Größere Abfallmengen würden eine entsprechend höhere Gebühr erfordern. Eine ähnliche Handlungsoption böte sich auch im Landkreis an und dies könnten sie sich vorstellen. Der Landrat begrüßt diese Anregungen, verweist aber darauf, dass es gelingen müsse, diese schwierige Balance zwischen Gerechtigkeit zum Einen und der Praktikabilität zum Anderen auch umzusetzen.

An der sich anschließenden Diskussion über die Extra-Leistung „Sperrabfall“ beteiligen sich die Abg. Liebing, Schirmer, Siegler, Vokuhl, der Landrat, die Vorsitzende sowie Kreisoberamtsrat Bührmann.

2. Grünabfallabholung

Der Grünabfallsonderdienst erfreue sich größter Beliebtheit, leider häuften sich mit zunehmendem Nutzerandrang auch Probleme. Gerade im Herbst käme es – je nach

Wetterlage – zu großen Aufräumaktionen in den Gärten, die dazu führen, dass dann erhebliche Mehrmengen zum Sonderdienst angeliefert würden. Und wenn der Wagen voll sei, müsse er ausgeleert werden – auch außer der Reihe. Das führe dann wiederum zu Verspätungen und Unmut an den nächsten Standplätzen, so unlängst in Osterode am Harz und Lasfelde, wo die Anliefererzahl und damit verbunden auch die Mengen besonders hoch waren. Stellten die Fahrer fest, dass der Andrang sehr stark ist, würde nach Benachrichtigung möglichst umgehend ein Zusatzfahrzeug geschickt. Pauschal im Herbst Zusatzfahrzeuge einzusetzen, sei jedoch aus Kostengründen nicht praktiziert worden.

Das Kreisgebiet sei mit 134 Standplätzen ausgestattet, dabei hätten die einzelnen Städte und Gemeinden ihren jeweiligen Bedarf angemeldet. Als Anfang und Mitte der 90er Jahre intensiv über das Thema Biotonne diskutiert wurde, sei quasi ein Aufschrei durch die Bevölkerung gegangen. Als im Wesentlichen ländlich strukturiertes Gebiet brauchte man die Biotonne nicht, es würde doch in jedem Garten fleißig kompostiert und für den überschüssigen Gartenabfall gäbe es den Sonderdienst, in den Neunzigerjahren in weit geringerem Umfang. Letztlich aus anderen Gründen, nämlich der Schwermetallbelastung im Kreisgebiet, habe die seinerzeit zuständige Bezirksregierung Braunschweig eine Ausnahmegenehmigung von der Biotonne erteilt, aber mit Auflagen. So wäre die Erfassungsmenge von Grünabfällen zu optimieren, dazu wurde die Zahl der Standplätze und die Zahl der Abholtouren erweitert. Die Logistik der Abholtouren trüge dabei der Schwermetallbelastung Rechnung.

Schaue man heutzutage in die Gärten und betrachte die Situation an den Grünabfallstandplätzen, habe sich das Bild doch sehr gewandelt. Die Eigenkompostierung, das Mulchen mit gehäckseltem Baum- und Strauchschnitt, also der Verbleib der organischen Materialien auf dem eigenen Grundstück und damit die Rückführung von Nährstoffen schein doch vielerorts erheblich an Bedeutung verloren zu haben. An den Grünabfallstandplätzen hingegen herrsche erheblicher Andrang, die Anlieferung mit der Schiebekarre sei unüblich geworden. Stattdessen rollten kleine Anhänger durch das Kreisgebiet, deren Fahrer sorgten mit der Nutzung von anderen Standplätzen für eine eben nicht willkommene Durchmischung von belasteten und unbelasteten Materialien. Bewohner von kleineren Orten mit nicht so langen Standzeiten seien auch nicht gerade erfreut über die Gäste aus den umliegenden Ortschaften.

Die Grünabfalltouren liefen hauptsächlich in der Zeit von 14 bzw. 15 Uhr bis in die Abendstunden hinein, bis 19 bzw. auch einmal 19.30 Uhr. Innerhalb von 14 Tagen würde jeder Standplatz im Kreisgebiet einmal angefahren, dabei liefen in einer Woche zwei Touren parallel. Es seien in letzter Zeit verschiedene Beschwerden an die Kreisverwaltung herangetragen worden, im Wesentlichen über den mit 14 Uhr recht frühen Beginn, das mit 19.30 Uhr zu späte Ende einer Tour, über nicht ortsansässige Anlieferer, über den Wochentag der Abholung, über vor dem Termin abgelegte Grünabfälle, über undisziplinierte Anlieferer, über die Abholung am Samstagnachmittag und einige andere teilweise sehr persönliche Anliegen.

Die jetzige Grünabfallabholung sei an die Grenzen ihrer Kapazität gelangt, es würde eine bestimmte Anzahl von Standplätzen benötigt und die Woche habe nur eine bestimmte Anzahl von potentiellen Abfuhrtagen, auch gäbe es nur einen Samstag und nur einen Freitagnachmittag. Und wenn man den eigentlich unkomplizierten Grünabfallsonderdienst zu den jetzigen finanziellen Konditionen behalten wolle, könne man sich auch nur in diesem eingeschränkten Rahmen bewegen.

In der Kreisverwaltung würden die verschiedenen Kritikpunkte sehr ernst genommen, es solle aber jedem klar sein, dass auf individuelle Verhältnisse nicht in jedem Fall Rücksicht genommen werden könne. Für 2008 wurden die Samstagstouren mit dem Einsatz weiterer Fahrzeuge so gelegt, dass die Touren in der Regel um 14 Uhr anstatt um 16 oder 17 Uhr beendet seien. Das habe sich auch bewährt.

Für 2009 werde mit Einführung einer vierten Sammeltour die Grünabfallabholung so gestaltet, dass die Touren teilweise später beginnen – dies ist wichtig für Berufstätige – und eher enden – dies sei gerade im Frühjahr und Spätherbst aus Gründen der Sicherheit bei früh einsetzender Dunkelheit wichtig. Nicht vergessen werden sollten an dieser Stelle auch die Müllwerker, die gerade im Herbst bei dem extremen Andrang zusätzliche Leerungsfahrten hätten und so den Betriebshof teilweise erst wieder um 22 Uhr erreichten.

Zu guter Letzt: Beschwerden höre niemand gern und man sei immer versucht, die vorgebrachten Probleme zu lösen. Wenn allerdings Beschwerden über zu früh abgelegte oder gar herrenlose Grünabfälle vorgebracht würden und dabei deutlich gemacht werde, dass der Verursacher bekannt sei, man diesen aber zwecks Vermeidung von Ärger nicht nennen wolle, solle ein solches Verhalten im Interesse aller Gebührenzahler vielleicht doch noch einmal überdacht werden.

Die Vorsitzende unterstrich das Gesagte nochmals und betonte, dass eine Lösung des Problems wahrscheinlich nur darin bestehen könnte, die Anlieferungen zu reglementieren, in dem nur gekaufte Säcke zugelassen werden. Eigeninitiative wie Kompostieren und Schreddern von Baum- und Strauchschnitt, wie im Übrigen von ihr selbst praktiziert, könne von verantwortlichen Gartenbesitzern, erwartet werden.

In der sich anschließenden Aussprache, an der sich die Abg. Liebing, Posselt, die Vorsitzende, Kreisoberamtsrat Bührmann und der Landrat beteiligen, nahm

- der zunehmende „Mülltourismus“ zu anderen Standplätzen,
- die Diskussion über das „Für und Wider“ von Kontrollmaßnahmen und damit einer möglichen Kostenerhöhung sowie
- die Erläuterung der Sammellogistik, die der Schwermetallbelastung Rechnung trägt,

einen breiten Raum ein.

Punkt 5:

Abfallwirtschaft;

- a) Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2009
- b) Einführung der Blauen Tonne für Altpapier
- c) Dreizehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
- d) Elfte Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz

Der Landrat verweist auf die Vorlage und stellt sie zur Diskussion.

Dem Abg. Schirmer erscheinen die kalkulierten Sickerwasserreinigungskosten als zu hoch, da die neue Anlage doch kostengünstiger als bisher das Sickerwasser abreinigen sollte. Kreisoberamtsrat Bührmann verweist auf den langfristigen Einfahrprozess, währenddessen immer noch Optimierungspotenziale genutzt würden. Kreisamtmann Cerny erläutert auf Nachfrage, dass der kalkulatorische Zinssatz deshalb bei 5,5 % verbleibe, weil zwar aktuelle Kredite mit einem niedrigeren Zinssatz aufgenommen werden könnten, bei der Ermittlung des angemessenen Zinssatzes aber auch die älteren Kredite, die noch zu anderen Bedingungen aufgenommen worden seien, berücksichtigt werden müssen. Die weitere Nachfrage hinsichtlich der Kostenübernahme für das Großregenereignis vom August 2007 beantwortet der Deponieleiter Herr Sieloff mit dem Hinweis, dass eine gütliche Einigung mit der ausführenden Baufirma erzielt wurde, da neben den im Bau befindlichen Anlagen auch sonstige Deponieeinrichtungen von dem Starkregen betroffen waren und es sich um ein außergewöhnliches Großregenereignis handelte. Auf die weitere Frage zur Erhöhung der Gebühr für Boden und Bauschutt entgegnet Kreisoberamtsrat Bührmann, dass einerseits mit der in früheren Jahren gesenkten Gebühr eine Konjunkturankurbelung verfolgt wurde und andererseits Mengen für den eigenen Einsatz auf der Kreismülldeponie erforderlich waren. Da Eigenbedarf momentan nicht bestünde, sei eine Anhebung der zz. nicht kostendeckenden Gebühr auf das Niveau von 2005 erforderlich, um nicht mittelfristig schon zu einem Ausbau des Polders 2 gezwungen zu werden. Auf die Zusatzfrage des Abg. Schirmer hinsichtlich der erhöhten Abfuhrkosten, obwohl doch die PPK-Fraktion jetzt nur noch 4-wöchentlich abgefahren werde, erwidert Kreisoberamtsrat Bührmann, dass das Vertragsunternehmen nach eingesamelter Tonnage entlohnt und mit einer Steigerung der Mengen gerechnet werde.

Auf die Anregung des Abg. Vokuhl, auch kleinere Behälter einzuführen, entgegnete Kreisoberamtsrat Bührmann, dass jede Abweichung von der Norm, also vom 240 l-Behälter, zwar bürgerfreundlicher, aber mit zusätzlichen Kosten verbunden sei. Der Landrat ergänzt, dass er auch weiterhin auf die Selbsthilfe bei den Bürgern hoffe, da viele Grundstücksnachbarn schon eine gemeinsame Tonne nutzten.

Die Ausschussvorsitzende lobte in diesem Zusammenhang, dass die Verantwortlichen flexibel und schnell gehandelt hätten. Der Landrat gab dieses Lob an die Bevölkerung und auch an die Kreistagsmitglieder, die sich teilweise mit großem persönlichen Engagement für die „Landkreistonne“ eingesetzt hätten, zurück. Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Kreistag die Annahme folgenden

Beschlussvorschlag:

- a) Der Kreistag nimmt die in der Vorlage dargestellte Gebührenkalkulation für das Jahr 2009 zustimmend zur Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür und
3 Gegenstimmen)

- b) Der Kreistag beschließt die flächendeckende Einführung der Blauen Tonne für die Erfassung von Altpapier und Verkaufsverpackungen aus Papier und Kartonen im Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür)

- c) Der Kreistag beschließt die dieser Vorlage beigefügte Dreizehnte Nachtragsatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür)

- d) Der Kreistag beschließt die dieser Vorlage beigefügte Elfte Nachtragsatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür und
3 Gegenstimmen)

Punkt 6:

Anfragen und Mitteilungen

Frau Meyer übergibt den Vorsitz an den Abg. Zietz und nimmt Bezug auf ein Protokoll aus dem letzten Jahr, wonach mitgeteilt wurde, dass auf der Kreismülldeponie in Hattorf am Harz noch Abfallmengen der biologischen Feinfraktion aus Deiderode lagerten. Sie möchte wissen, ob diese Mengen wieder „ausgebaut“ werden müssten und es dadurch noch zu Ausgaben, z. B. für Transport und Entsorgung kommen würde. Kreisoberamtsrat Bührmann erläutert, dass für die Mengen auf der Kreismülldeponie, die bereits in Deiderode die Mechanik durchlaufen hätten, alle notwendigen Kosten bereits in den gezahlten Umlagen enthalten wären. Die Abfälle würden auf der Kreismülldeponie solange gelagert, bis sie die Ablagerungswerte einhielten. Danach würden sie endgültig auf der Kreismülldeponie eingebaut, dies sei zum überwiegenden Teil bereits geschehen.

Auf Anfrage von Frau Meyer bestätigt der Landrat, dass die mechanisch-biologische Anlage jetzt schon im Vollastbetrieb laufe und der Probetrieb nunmehr bis zum

31.1.2009 dauern soll. Kreisoberamtsrat Bührmann ergänzt, dass die Verschiebung der Abnahme der Anlage um drei Monate eher positiv zu bewerten sei, da es noch Optimierungsbedarf bei einigen Einstellungen gäbe und solange auch das Risiko beim Anlagenbauer verbleibe.

Die Abg. Meyer übernimmt wieder den Vorsitz.

Die Anfrage des Abg. Berner hinsichtlich der kostenfreien Annahme von Sperrabfall auf der Kreismülldeponie führt zu einer Aussprache, an der sich die Abg. Berner, Schirmer, Kreisoberamtsrat Bührmann und der Landrat beteiligen.

Mitteilungen werden nicht gegeben.

Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Herr Hausemann bezieht sich auf die Kalkulation und fragt, warum nur in 2008 (629.600 €) und nicht für 2009 eine Erstattung vom Zweckverband einkalkuliert wurde. Kreisoberamtsrat Bührmann verweist auf einen in der 46. KW vorgesehenen Beschluss der Verbandsversammlung, wonach der künftige Abschlag nur auf die gemeldete Abfallmenge gezahlt werden soll.

Eine weitere Nachfrage hinsichtlich des Ansatzes von Stromerlösen beim Betrieb der MBA beantwortet Kreisoberamtsrat Bührmann mit dem Hinweis auf Anlage 4 (Pos. 2.3) der Kalkulation, wonach 90.000 € als Stromerlöse angesetzt sind.

Schließlich erläutert Kreisoberamtsrat Bührmann auf weitere Nachfrage die Abkürzung Mg (Megagramm). Um Verwechslungen mit der Abfalltonne (Behälter) zu vermeiden, wird im Abfallbereich die Gewichtstonne mit Mg statt mit Tonne bezeichnet.

Um 16.28 Uhr schließt die Vorsitzende die Sitzung.

gez.
Helga Meyer

Vorsitzende

gez.
Bernhard Reuter

Landrat

gez.
Rüdiger Cerny

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Abfall- und Bodenschutz
am 7. Mai 2009